

Haushaltsplanberatungen 07./08.12.2021

Auszug aus dem Protokoll

Tagesordnungspunkt 6.1: Konzept für ein Modellprojekt „Präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren“

Vorlage: 2021/0162

Der Vorsitzende: Das passt gut zu unserem **TOP 6.1** der Beschlussvorlage **Konzept für ein Modellprojekt präventive Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren**, vorberaten unter Finanzierungsvorbehalt im Jugendhilfesozialausschuss. Hier gibt es ein Austauschblatt. Wir schlagen Ihnen vor, dass wir das umsetzen und dass wir hier dann durch Mittelumschichtung versuchen, das auf den Weg zu bringen. Das sind keine großen Beträge.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Noch kurz zur AfD, Sozialabbau im Migrationsbereich ist auch Sozialabbau.

(Vereinzelter Beifall)

Und zu dem Antrag präventive Hausbesuche, dieser interfraktionelle Antrag mit SPD und LINKEN hat das Ziel, durch die Hausbesuche zu erreichen, dass Senior*innen möglichst lange in ihrer Wohnung bleiben können und erst zu einem eventuell oder auch nicht späteren Zeitpunkt pflegebedürftig werden oder in ein Pflegeheim ziehen müssen. Der Grund ist einfach. Wir haben schon jetzt nicht genügend Pfleger*innen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Uns liegt das Konzept des Modellprojektes vor. Dem kann man so zustimmen. Wichtig erscheint für uns der Satz mit dem Ausblick, dass wir versuchen müssen, das sehr gut zu evaluieren, wie es dann letztendlich ankommt, wie weit es gebraucht wird, welche Anzahl von Menschen wir dadurch erreichen. Durch die Umschichtung können wir dem Programm zustimmen.

Stadtrat Høyem (FDP): Alter ist eine biologische Realität, aber das ist keine Qualität, und das ist keine Krankheit. Jung zu sein ist keine Qualität. Alt zu sein ist auch keine Qualität, und die biologische Realität, alt zu werden, ist unglaublich individuell. Es ist in allen Verhältnissen schlecht, wenn man eine ganze Gruppe pauschal-generalistisch behandelt. Das ist es auch hier. Es ist in der demografischen Entwicklung, nicht nur in Deutschland, aber in Europa so, dass man mehr und mehr eine Bevölkerung kriegt, wo viele, viele ältere Menschen aktiv und fit und überhaupt nicht in einer besonderen Krankheitsgruppe isoliert werden sollen. Ich finde, dass eine pauschale Behandlung einer Gruppe, egal welche Gruppe, eine Beleidigung dieser Gruppe gegenüber ist. Wenn man dann den Staat als einen Vormund für alles, was passieren soll, betrachtet, dann muss man also auch für die individuelle Entwicklung für die Gruppe, die in diesem Alter sind. Selbstverständlich diskutiert man in verschiedenen Berufen, wie lange Leute in diesem Beruf bleiben können. Generell haben wir zu wenige alte Menschen aktiv. Besonders in der Politik haben wir zu wenige Alte repräsentiert, statistisch vergleichbar mit der Zusammensetzung unserer Gesellschaft. Ich finde also, dass diese Behandlung einer bestimmten Gruppe pauschal-generalisiert ganz einfach sowohl eine Beleidigung dieser Gruppe ist, aber auch ein wirkliches Missverständnis davon, was eine gesell-

schaftliche Entwicklung ist.

Stadträtin Moser (SPD): Herr Høyem, das haben Sie schon mal gesagt und ich habe den Eindruck gehabt, dass Sie sehr betroffen waren, aber das müssen Sie meiner Meinung nach überhaupt nicht sein. Wenn Sie so einen Brief bekommen, weil Sie 75 sind, lehnen Sie sich zurück, entspannen Sie sich, freuen Sie sich, dass es Sie nicht betrifft und denken, wie schön, dass es mir gutgeht, aber vielleicht gibt es da draußen noch genügend Menschen, die sich genauso freuen, dass sie angeschrieben werden und auf die Möglichkeit der Hilfe aufmerksam gemacht werden.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich will die Debatte nicht verlängern, nur sagen, Frau Moser, was Sie gerade gemacht haben, ist in Ihrer Ideologie, wo Sie sagen, gerade wie ich mich verhalten soll, falls ich einen Brief bekomme, das ist der ganze Vormund eines Staats. Sie denken, dass ich nicht selber entscheiden kann, ich muss einen Brief haben, und mit diesem Brief geben Sie mir dann den Rat, wie ich diesen Brief behandeln soll. Entschuldigung, wir sind unglaublich weit zwischen Ihrer Ideologie, was der Staat in einer George Orwell-Gesellschaft als Vormund für alles machen müsste und was eine individuelle Entwicklung ist. Also, Sie brauchen sich nicht über Herrn Biden und Sie brauchen sich nicht über Herrn Schäuble und Sie brauchen sich nicht über Herrn Kretschmann, und Sie brauchen sich auch nicht um mich kümmern.

Der Vorsitzende: Das diskutieren wir jetzt bitte nicht aus. Wir gehen jetzt zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Da ist ja das Antragsbegehren aufgenommen, und ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Zustimmung**.